



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Sind wir Sozialdemokraten?

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Sind wir Sozialdemokraten?



omntag, den 20. Oktober, las man in der Schlesiſchen Zeitung unter der Uberschrift: Der „Konſervativismus“ der Grenzboten folgendes: „Die im Verlage von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig erſcheinende, ehemals ſehr beſonnen im konſervativen Sinne redigirte Wochenſchrift Die Grenzboten hat ſich allmählich in der einſeitigſten Vertretung ſozialreformatoriſcher Ideen ſo weit verrannt, daß ſie ſich in nichts mehr von einem ſozialdemokratiſchen Organ unterſcheidet.“ Zum Beweis folgen drei nichts weniger als beweiſkräftige Sätze. Einzelne Sätze könnten, auch wenn ſie ganz anders lauteten, dieſe Behauptung überhaupt nicht beweiſen, weil neben drei Sätzen der einen Nummer dreitauſend Sätze in hundert Nummern vorkommen können, die den Unterſchied zwiſchen uns und den Sozialdemokraten handgreiflich hervortreten laſſen. Die Poſt, die Hamburger Nachrichten und andre Blätter derſelben Richtung haben die Verleumdung nachgedruckt. Die Grenzboten haben in Heft 44 am Schluß einen milden Abwehrartikel gebracht, und an der Spitze von Heft 45 einen zweiten, der ſich mehr gegen frühere Angriffe richtet als gegen dieſen letzten. Den zweiten Abwehrartikel hat die Schleiſiſche Zeitung, anſtatt ihre Verleumdung zurückzunehmen oder wenigſtens einzukränken, in ihrer Nr. 790 (Sonntag, den 9. November) im hochmütigſten Tone mit ein paar wegwerfenden Bemerkungen abgethan. Da bleibt uns denn nichts übrig, als ſie zu einem förmlichen Widerruf zu zwingen; unſern Leſern gegenüber bedürfen wir keiner Rechtfertigung, aber in den Kreiſen, die uns nur vom Hörensagen kennen, dürfen wir — das ſind wir der guten Sache ſchuldig — eine ſolche Fäliſchung der öffentlichen Meinung nicht ohne Widerſpruch hingehen laſſen. Wir werden unſern Zweck am vollſtändigſten erreichen, wenn wir unſer, tauſenden von gebildeten Männern bekanntes ſozial- und wiſchaftspolitiſches Programm noch einmal ganz kurz

im Zusammenhange vorlegen. Das „unser“ ist nicht so zu verstehen, als ob jeder unserer Mitarbeiter jedem einzelnen Satze beipflichtete, denn wir bilden nicht eine Partei, sondern einen freien Verein von Männern, von denen jeder nach eigener Einsicht fürs Wohl des Vaterlands arbeitet, und da verstehen sich Meinungsverschiedenheiten von selbst, aber in den Grundzügen stimmen wir überein.

Wir bekennen uns zu dem Glauben an einen persönlichen Gott und an ein jenseitiges Ziel der unsterblichen Menschenseele. Ist das sozialdemokratisch?

Wir glauben nicht, daß die soziale oder irgend eine andre der großen Fragen der Menschheit jemals hienieden gelöst werden wird, weil die irdische Aufgabe der Menschheit eben in der Lösungsarbeit besteht. Ist das sozialdemokratisch?

Aber die Lösungsarbeit muß eben gethan werden, und als deren nächste Aufgabe in unsrer Zeit bezeichnen wir nicht die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, sondern die Vermehrung des privaten Grundeigentums. Ist das sozialistisch?

Wir bestreiten die Interessensolidarität der Arbeiterschaft der verschiedenen Länder, erklären den Wahlspruch: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! für Thorheit, glauben, daß der Arbeiterschaft eines jeden Landes nur durch Hebung der Lage ihres eignen Volks geholfen werden könne, und lehren, daß unser deutsches lediglich für sich zu sorgen habe, ohne Rücksicht auf das Wohl anderer Völker, oder nur mit so viel Rücksicht, als ihm die eigne Sicherheit und der eigne Nutzen auflegen; wir lehren, daß, wenn das Wohl unsers eignen Volks einen Eroberungskrieg, die Unterjochung, Verdrängung oder Vertilgung anderer Völker fordern sollte, wir uns davon durch christliche und Humanitätsbedenken nicht dürften zurückschrecken lassen; wir haben deshalb auch gegen die äußerste Anspannung der Wehrkraft unsers Volks nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß sie in absehbarer Zeit einmal zu dem Zwecke verwendet wird, für den sie da ist. Ist das sozialdemokratisch?

Weil wir das Grundübel in dem Mißverhältnis zwischen Bevölkerung und Boden sehen, glauben wir nicht, daß das, was man heute Sozialpolitik nennt, gründliche Abhilfe bringen könne, und außerdem ist uns diese Sozialpolitik, als ein System von Beschränkungen der individuellen Freiheit, zuwider. Denn wir sind im Grunde des Herzens das Gegenteil von Sozialisten, nämlich manchesterliche Individualisten. Von den Manchesterleuten gewöhnlichen Schlags unterscheiden wir uns nur durch zweierlei, nämlich durch unsre Folgerichtigkeit, indem wir es nicht tadeln, wenn auch die Arbeiter von der Freiheit Gebrauch machen, die das Manchesterium nur zum Scheine für alle erstrebt hat, mit dem heimlichen Vorbehalt, den eignen Klassengenossen den Alleingenuß zu sichern, und zweitens weisen wir Eingriffe des Staats in das Wirtschaftsleben und weitgehenden Zwang nicht mehr zurück, sobald beides not-

wendig wird, und wir bestreiten nicht, daß die Notwendigkeit eingetreten ist. Wir wünschen einen Zustand, wo die Einzelnen im freien Spiel der Kräfte am besten gedeihen und weder der Staatshilfe noch des Zwanges bedürfen, aber wenn es ohne beides nicht geht, dann fügen wir uns vorläufig darein. Wir empfinden z. B. aufs schmerzlichste die Unvernunft, die darin liegt, daß ein Mann, der ohne Schädigung seiner Gesundheit mit Vergnügen vierzehn Stunden arbeiten würde, mit der zehnten aufzuhören gezwungen ist, und daß man am Sonntag schon durch harmlose und gern übernommene Dienstleistungen straffällig werden kann; aber wenn im Interesse der Volksgesundheit, um die notwendige Erholung auch solchen Personen zu sichern, die ohne Staatszwang keine haben würden, dergleichen Arbeiterschutzgesetze notwendig sind, dann sträuben wir uns nicht nur nicht dagegen, sondern fordern sie. Ist das alles sozialdemokratisch?

Alle Schwärmereien der Halbsozialisten: Bodenbesitzreform, Währungsreform (die Doppelwährung, deren Einführung alle Übel noch ärger machen würde, ist nur eine Etappe auf dem Wege zum Getreidegelde und zur Abschaffung des Geldes), Ausschaltung des Handels aus der Volkswirtschaft, Verstaatlichung des Getreidehandels usw. weisen wir schonungslos a limine ab. Und da wagt man, uns Ganzsozialisten zu nennen?

Wir halten die ständische Gliederung des Volks für die allein gesunde, glauben, daß der Kaufmannslehrling zu seinem Prinzipal und der Schuster- geselle zu seinem Meister gehört, nicht beide mit dem Cigarrenarbeiter und dem ländlichen Tagelöhner zusammen in die eine ungeheure Klasse der „Arbeiter,“ wir wünschen die vertikale Gliederung des Volks in Berufsstände, nicht die horizontale Lagerung in die drei breiten Schichten der Millionäre, der Leute über und der Leute unter zweitausend Mark Einkommen, und obwohl wir die Notwendigkeit der Zwangsarbeiterversicherung, die die Gliederung vollends zerreißt und der Schichtung, dem Klassengegensatz, den gesetzlichen Stempel aufdrückt, anerkennen, so bedauern wir doch diese Notwendigkeit. Ist das sozialdemokratisch?

Die Frage der freien Arbeit haben wir stets als eine äußerst schwierige, bis heute ungelöste bezeichnet; wir erkennen an, daß die Kultur ohne Sklavenarbeit nicht hätte entstehen können, und wir bekennen, nicht zu wissen, ob sie jemals ohne alle Sklavenarbeit wird fortbestehen können. Wir finden auch vom sittlichen, gemütlichen und ästhetischen Standpunkte aus gegen das Verhältnis von Herr und Knecht an sich nichts einzuwenden; wir finden es, wenn beide edel gesinnt sind, weit schöner als eine Gesellschaft von lauter Gleichberechtigten, in der gemütliche und Pietätsbeziehungen gar nicht vorhanden sind; alle Beziehungen, womöglich auch schon zwischen dem vierzehnjährigen Jungen und seinem Vater, nach dem starren Recht in der Form von Berträgen (stempelpflichtig!) geregelt werden. Wir finden die Lage der Arbeiter

eines Industriepatriarchen wie Krupp oder Stumm weit angenehmer und menschenwürdiger als die des vogelfreien Arbeiters, der ein paar Wochen auf eintägige Kündigung arbeitet und dann wieder ein paar Wochen hummelt. Wir finden, daß die politischen Rechte ohne die Grundlage einer sichern wirtschaftlichen Existenz nur geringen Wert haben, daß die politische Gleichberechtigung aller ungeflügelten Zweifüßler den Spott verdient, mit dem sie Justus Möser überschüttet hat, und daß vernünftigerweise immer nur die Besitzenden Vollbürger sein können. Wir haben öfter den Gedanken ausgesprochen, daß der gegenwärtige Zustand, wo man den Besitzlosen das Wahlrecht zu den gesetzgebenden Körperschaften durch die Verfassung einräumt, durch allerlei gesetzwidrige Kunstgriffe und Zwangsmittel aber soweit beschränkt, daß sie niemals eine ausschlaggebende Fraktion bilden können, obwohl sie schon die Hälfte der Bevölkerung bilden, daß dieser Zustand höchst unerfreulich und auf die Dauer unerträglich sei; es wäre besser, wenn man ihnen dieses Wahlrecht nähme, dafür aber sie alljährlich ganz frei Abgeordnete aus ihrer Mitte wählen ließe, die vor der gesetzgebenden Versammlung die Beschwerden, Wünsche und Forderungen des Standes der besitzlosen Lohnarbeiter vorzutragen hätten. Ist das alles sozialistisch? Allerdings haben wir, worin doch wahrhaftig kein dem Sozialismus gemachtes Zugeständnis liegt, zur notwendigen Ergänzung dieser Ansicht hervorgehoben, daß wir auf eine derartige Umgestaltung des Rechts vor der Hand wenig Aussicht haben, daß das Erstreben des Ziels auf Schleichwegen (indem Polizei und Strafrecht die Herrschenden und die Beherrschten ungleich behandeln, ohne daß vorher die formelle Rechtsgleichheit abgeschafft worden wäre) höchst gefährlich ist, weil ein beständiger Widerspruch zwischen Recht und Praxis auflösend wirkt, daß die Brotherren, wenn sie die alten Herrenrechte wieder haben wollen, auch die alte Herrenpflicht der lebenslänglichen Versorgung des Knechts und seiner Familie wieder auf sich nehmen müssen, und daß neun Zehntel aller Herren, auch wenn sie die Einsicht und den guten Willen hätten, gar nicht die Mittel haben würden, ihren Arbeitern dasselbe zu gewähren wie Krupp und Stumm.

Das also sind die Grundzüge unserer Sozial- und Wirtschaftspolitik; ein großer Teil des gebildeten Deutschlands kennt sie, der andre Teil braucht nur nach den grünen Heften zu greifen, um sie kennen zu lernen, und nun lassen wir den Herren, die uns als Sozialdemokraten verschreien, die Wahl, ob sie widerrufen oder ob sie den Vorwurf der fahrlässigen oder der böswilligen Verleumdung auf sich sitzen lassen wollen.

Auch der Blinde sieht ein, daß man uns zwar mit einigem Recht feudale Reaktionäre oder Manchesterleute schelten könnte (in der Vereinigung dieser Vorwürfe würde kein Widerspruch liegen; sind doch lange Zeit hindurch die adlichen Grundbesitzer die Träger des Manchesterturns gewesen, und vermag doch überhaupt nur der echte Aristokrat — in heutiger Zeit leider eine rarissima

avis — wahrhaft liberal zu sein), daß es aber schlechtthin sinnlos und lächerlich ist, uns des Sozialismus zu beschuldigen, von dem wir weiter entfernt sind, als irgend jemand im deutschen Reiche. Trotzdem braucht man sich über diese unsinnige Verleumdung nicht zu wundern. Wir sind den Herren unbequem. Wir legen die unbefriedigenden Zustände unsers Vaterlands, darunter auch die Arbeiterzustände ungeschminkt dar. Aus der Anerkennung der Thatfachen könnten für die Großunternehmer lästige und gefährliche Folgerungen gezogen werden, deshalb muß das Publikum abgehalten werden, wahrheitsgetreue Berichte über solche Thatfachen zu lesen. Das geschieht am besten, wenn man die Blätter, in denen solche Berichte stehen, als sozialdemokratisch in Verruf bringt.

Aber, wird man uns sagen, auch die unbegründetste Verleumdung muß doch wenigstens eine Handhabe finden, an die sie anknüpfen kann, eine solche müßt ihr doch dargeboten haben! An sich ist das heutzutage durchaus nicht nötig: heute braucht ein Geistlicher nur die Bergpredigt auszulegen, so ist er schon Sozialdemokrat oder noch etwas schlimmeres; nächstens werden wir ja den Professor Delbrück, dessen preußisch-patriotische Gesinnung weltbekannt ist, wenn auch noch nicht als Sozialdemokraten, so doch als einen Helfershelfer und Fürsprecher der Sozialdemokratie vor der Kammer Brausewitters stehen sehen; in dieser Beziehung ist heute schlechtthin alles möglich, auch das allungereimteste. Aber wir gestehen gern zu, daß wir der Verleumdung Handhaben dargeboten haben. Wir stimmen nicht ein in das Geschrei gegen die Sozialdemokratie und halten deren Bekämpfung keineswegs für die dringendste Aufgabe des Staats, sondern für eine gefährliche Kur auf Symptome. Wir finden das Übel, wie gesagt, in der Spannung zwischen Bevölkerung und Boden, und wir sehen in der Sozialdemokratie eins der Symptome des Übels, dessen gewaltsame Unterdrückung die Krankheit tödlich machen müßte. Wie das Übel wirkt, haben wir oft beschrieben. Wiederholen wir es kurz. Die Ausschließung der Mehrzahl der Bevölkerung vom Grundbesitz erzeugt das mobile Kapital, das der Hauptsache nach ein Mitbesitzrecht an den Grund und Boden ist. Diese Überschuldung drückt den ländlichen Grundbesitz, und gleichzeitig zwingt ihn das hohe Anlagekapital (da der Boden mit wachsender Volkszahl immer teurer werden muß) nach höhern Preisen für seine Produkte zu streben, die das übrige Volk desto weniger zu zahlen vermag, je mehr darin die Masse der Besitzlosen vorherrscht. Die Preisschwankungen der ländlichen Produkte wirken seitdem so, daß jede Erhöhung die Industrie, jede Ermäßigung (durch billige Einfuhr) den Grundbesitz in Lebensgefahr bringt. Wenn sich, wie u. a. die jüngst im sächsischen Landtage verlesene Thronrede hervorhob, die Lage der Industrie in dem letzten Jahre ein wenig gebessert hat, so ist das den Handelsverträgen und der Billigkeit der Lebensmittel zu danken, den zwei Umständen, über die sich die Landwirte — von ihrem Standpunkte aus mit

Recht — beklagen. Die wachsende Menge der Besitzlosen hat ferner zur Folge die Entwertung der Arbeit, also die Not der Handwerker und Lohnarbeiter, die Überfüllung der Industrie, die, zum Export gedrängt, mit den Industrien aller andern Völker in einen Kampf auf Tod und Leben verwickelt wird (wobei sich alle jene unversöhnlichen Interessengegensätze ergeben, die Karl Marx aufgedeckt hat), die Überfüllung des Handels mit unnötigen Zwischengliedern, seine Belastung mit aufdringlicher und schwindelhafter Reklame, die Überschwemmung des Landes mit unproduktiven Existenzen: Spekulanten, Schwindlern, Projektenschwärmern, überzähligen Litteraten, Betrügern, Hochstaplern, Profituirten, Verbrechern; endlich, weil aus alle dem unzählige Streitigkeiten und gefährliche Volksbewegungen entstehen, die Überwucherung des öffentlichen Lebens mit bürokratischen Elementen, die in verhängnisvollem Zirkel die Übel, die sie bekämpfen sollen, immer schlimmer machen. Daß der Druck dieser Spannung, der mehr oder weniger von allen empfunden wird, auf der untersten Schicht am schwersten lasten muß, ist eine selbstverständliche Wirkung einfacher mechanischer Gesetze.

Der größere Teil dieser Übel wird nun von den leitenden Kreisen ohne weiteres anerkannt. Man hat höhern Orts nichts dagegegen einzuwenden, daß die Landwirte, die Handwerker, die Kaufleute, die Industriellen, die Beamten seit achtzehn Jahren unaufhörlich ihre Not bejammern, und beteuert ebenso unaufhörlich seine Bereitwilligkeit, zu helfen. Nur leider, weil man nicht den Mut hat, die gemeinsame Grundursache aller Nöte auszusprechen, bleibt es bei einem ziel- und planlosen Gerede: seit 1877, wo das Notstandsgeschrei anfing, ist die Diskussion darüber auch nicht einen Schritt vorwärts gerückt. Zwei Übel aber sollen schlechterdings nicht genannt werden, auf keinerlei Weise, nicht laut und nicht leise: die Belastung des Volks mit einem überzahlreichen Beamtentum und einer überstarken Repressionsmacht, und die Not des vierten Standes — denn jede Verbesserung der Lage des vierten Standes bedroht die andern Stände mit einer Verschlechterung ihres Einkommens. Nun ist aber die Anerkennung dieser beiden Übel, namentlich des zuletzt genannten, als des Schlusses der verhängnisvollen Kette, zur Einsicht in die Gesamtlage unbedingt notwendig, denn der Kern dieser Gesamtlage besteht darin, daß es bei dem bestehenden Mißverhältnis von Bevölkerung und Boden unmöglich ist, allen arbeitsfähigen Volksgenossen produktive Arbeit und allen produktiv arbeitenden ein menschenwürdiges Dasein zu sichern. Nur wenn in den leitenden Kreisen diese Lage anerkannt wird, kann man aus der heillosen, ziel- und planlosen Phrasendrescherei heraus zu einer Politik gelangen, die Hand und Fuß hat. Darum ist es Pflicht des Patrioten, auf die Anerkennung dieser Lage hinzuwirken, den Herren, die sich hartnäckig weigern, zu sehen, die Augen gewaltsam aufzureißen, und für diesen Zweck — ist die Sozialdemokratie gar nicht zu entbehren.

Wie die Dinge heute liegen, bilden die sozialdemokratische Presse, die sozialdemokratischen Versammlungen und die sozialdemokratischen Reichstagsreden die wichtigste Informationsquelle für die Lage des vierten Standes, der ungefähr die Hälfte der deutschen Bevölkerung ausmacht. Als ständige Informationsquelle übt die Sozialdemokratie eine notwendige Funktion, in der sie vorläufig von keiner Behörde, von keiner Partei und von keiner Körperschaft ersetzt werden kann, und wenn man uns deswegen, weil wir diese Informationsquelle gewissenhaft und ständig benutzen, nachsagt, wir liebäugelten mit der Sozialdemokratie, so ist das so sinnlos, wie wenn man dem Naturforscher nachsagte, er liebäugle mit dem Thermometer oder Hygrometer oder mit dem Mikroskop oder Spektroskop. Es ist richtig, daß die Sozialdemokraten von der heutigen Gesellschaft ein einseitiges, daher falsches Bild entwerfen, aber das Bild, das die bürgerliche Presse davon giebt, ist mindestens ebenso einseitig und falsch, sodaß man beide Klassen von Berichterstattern benutzen muß, um eine durch die andre zu ergänzen. Und über das, was man bei den Sozialdemokraten zu suchen hat, über Thatsachen, die die Lage des vierten Standes betreffen, berichten sie im ganzen zuverlässig. Mehr als anderswo bestätigen hier die Ausnahmen die Regel. Denn da man den sozialdemokratischen Blättern und Rednern höllisch auf die Finger sieht, und jede unwahre, ja schon eine ungenaue oder übertreibende Angabe der Gefahr des Gefängnisses aussetzt, so kann man den Angaben, die keine gerichtliche Verfolgung nach sich ziehen — und die machen doch die ungeheure Mehrzahl aus —, unbedenklich Glauben schenken.

Die Zurüstung, die den Bewohnern der obern sozialen Stockwerke den Anblick des untersten, die obern tragenden verhüllt und jede Kenntnis seines Zustandes unmöglich macht, haben wir bei andern Gelegenheiten ausführlich beschrieben. Sie ist etwas ganz neues, in frühern Zeiten niemals dagewesenes und gedeiht zu solcher Vollendung, daß das Wort Disraelis, die eine Hälfte des Volkes wisse nicht, wie die andre lebt, das, als es gesprochen wurde, für Deutschland noch gar nicht galt, heute bei uns schon in höherm Grade gilt, als es jemals in England gegolten hat. Diese Zurüstung besteht in der strengen Absperrung der Fabriken, Gruben und andern großen Arbeitsstätten von der Außenwelt, in der strengen Scheidung der Honoratiorenwohnungen von den Proletarierwohnungen, in der Art des Reisens der Vornehmen, in der Praxis der Polizei, alles sichtbare Elend von der Öffentlichkeit, wenigstens von den Straßen und Plätzen auszuschließen, auf denen sich die vornehme Welt bewegt, in der mit bewunderungswürdiger Umsicht und Folgerichtigkeit auf diesen Zweck hinwirkenden bürgerlichen Presse, und im Wesen der Bürokratie, die heute unumschränkter herrscht als in irgend einer frühern Zeit. Nur in Beziehung auf die letzten beiden Punkte wollen wir das schon öfter gesagte heute noch ein klein wenig ergänzen. Vor zehn Jahren hat Professor

J. Singer in Wien bei Duncker und Humblot in Leipzig ein Buch herausgegeben: „Untersuchungen über die sozialen Zustände in den Fabrikbezirken des nordöstlichen Böhmens.“ Wer erinnert sich wohl, in unsern bürgerlichen Zeitungen Auszüge daraus gelesen zu haben? Und doch müßten die darin enthaltenen Angaben schon als reiner Sensationsstoff, den ja die Zeitungen über alles lieben, die Redaktionen anziehen, abgesehen davon, daß sie höchst wichtige Charakteristiken des Kulturzustandes eines Landes enthalten, das ans Reich grenzt, beinahe tausend Jahre lang deutsches Reichsland gewesen ist, vorherrschend von Deutschen bewohnt wird und im lebhaftesten Verkehr mit uns steht. Man erfährt unter anderm daraus, daß die Schlafstätten — von Wohnungen ist gar keine Rede — der Arbeiter der reichen Trautenaus Fabrikanten noch entsetzlicher sind als die schmutzigsten in den Londoner Slums. Wir haben schon öfter die Altertumskundigen aufgefordert, uns irgend ein Heidenvolk zu nennen, bei dem eine Ausnutzung von Sklavenskindern und Sklavinnen vorgekommen wäre, wie die unsrer „freien“ Arbeiterfrauen, Mädchen und Kinder, darauf aber noch keine Antwort erhalten. Aus Singers Buch fügen wir zur Begründung unsrer Frage noch folgende Bemerkung (auf S. 81) bei: „So gedenke ich noch mitleidsvoll der wunden Finger der Andrerinnen, die, obgleich sie die auf ihren Fingern sich bildenden Citerblasen bei dem steten Hantieren mit dem Faden der Weberkette zerschneiden, dennoch emsig fortarbeiten, was sie sehr oft mit längern Wundkrankheiten zu büßen haben.“ Die Andrerinnen sind durchweg jugendliche Arbeiterinnen. Und welche unsrer bürgerlichen Zeitungen hätte ausführlich über die Wiener Bergziegelei berichtet, die viel merkwürdiger ist, als die Pester Willenarausstellung sein wird (denn einen solchen Sahrmarktskram findet man in irgend einer Großstadt jedes Jahr). Wegen einiger Berichte der Arbeiterzeitung darüber standen Dr. Adler und ein Mitredakteur am 12. November vor den Geschwornen; sie wurden einstimmig freigesprochen. Adlers Verteidigungsrede begann mit folgenden Worten. „Es war im November 1888, als in meine Wohnung ein junger Mann kam, in Fetzen gehüllt. Ich lud ihn ein, einzutreten. Das ist unmöglich, sagte er, ich bin verlaust. Der Mann hat Kleider bekommen, hat sich gewaschen, dann haben wir gesprochen. Er war ein Arbeiter der Wiener Bergziegelabrikgesellschaft. Er hat mir erzählt, was wir bis dahin nur geahnt hatten, was aber die Behörden schon damals hätten wissen sollen, wissen können. Aber ich war vorsichtig, darum habe ich mich persönlich überzeugt. Ich bin bei Nacht hinein ins Werk. Wir mußten uns einschleichen, denn so ohne weiteres kam man nicht hinein. Wir haben Furchterliches gesehn. In einem Raume, der ein Zehntel so groß ist wie dieser Saal, wohnen achtzig Menschen beisammen. Auf verfaultem Stroh lagen sie zusammengepfercht, Männer, Weiber und Kinder durcheinander, alle nackt. In einer der Baracken sahen wir eine Frau, die ihr neugebornes Kind neben sich liegen hatte. Ich fragte: Wo sind Sie

entbunden? »Hier.« Hier also: mitten unter den Männern und Kindern, unter sich die Glut [die Leute schlafen auf den Ringöfen], über sich die Winterkälte.“ Die Zahl dieser Elenden beträgt fünftausend bis sechstausend. Gleich elend, nur daß das Elend je nach der Industrie anders aussieht, leben die meisten österreichischen Bergleute und Glasarbeiter, die galizischen Petroleumarbeiter, die in allen möglichen Gewerben beschäftigten Hörigen im Königreich Schwarzenberg. Und unser gebildetes Publikum, das es sich nicht verzeihen würde, wenn es nicht über die Lebensweise der prähistorischen Pfahlbautenbewohner aufs genaueste unterrichtet wäre, erfährt davon nichts. Von Zeit zu Zeit erfährt es, daß sich irgendwo in Italien oder in Österreich ein kleiner Krawall ereignet habe, wobei eine Anzahl „Auführer“ niedergehauen oder niedergeschossen worden seien, und es denkt: geschieht den Kerls recht, die unsre schöne Staatsordnung umstürzen wollen! Daß diese Leute vom Staate gar nichts wissen, daß sie bloß bei übermäßiger Arbeit satt zu essen und eine erträgliche Lagerstatt haben wollen — so kühn ist keiner, eine Wohnung zu beanspruchen, wie sie die Pferde vornehmer Herren haben —, das erfährt das liebe Publikum nicht. Also so sieht in vielen Fällen das Los des „freien“ Arbeiters in unsern christlichen Kulturstaaten aus. Und dieses Los nötigt zu Schlüssen auf die Gesamtlage des Arbeiterstandes; wäre die im allgemeinen befriedigend oder nur leidlich, dann würden Unternehmer, die so handeln wie die Wiener Ziegelgesellschaft, überhaupt keine Arbeiter finden. So entsetzliche Dinge, wie in Österreich und Italien, ereignen sich bei uns im Reiche wohl nirgends in größerem Maßstabe — dank der Sozialdemokratie, die zu energischem Arbeiterschutz gezwungen hat, und die bis heute Greuel, wo sie vereinzelt vorkommen, sofort öffentlich bekannt macht. Aber an dem Unbefriedigenden und Unerträglichen der Lage des vierten Standes im allgemeinen vermag vorläufig weder die Sozialdemokratie noch eine zu Reformen bereite Regierung etwas zu ändern. Es besteht das bekanntlich in der Existenzunsicherheit, in der Widerwärtigkeit, Gesundheitschädlichkeit und Lebensgefährlichkeit*) vieler modernen Arbeitsarten,

*) 266 400 Unfälle sind 1894 im deutschen Reiche entschädigt worden! Die heutige Erwerbsarbeit der untern Massen ist also weit mörderischer, als in der Zeit der Landsknechte der Krieg war. Die Gänge zwischen den Maschinen, schreibt Singer a. a. O. S. 54 bis 56, sind in den Spinnereien oft so schmal, daß man die äußerste Vorsicht anwenden muß, um unbeschädigt durchzukommen. Die Arbeiter aber dürfen nicht durch Vorsicht Zeit verlieren, wer nicht rasch zugreift und zuschreitet, wird als untauglich entlassen. Bödtker, der Präsident des Reichsversicherungsamtes, weist in seinem Buche: Die Arbeiterversicherung der europäischen Staaten S. 34 die seiner Ansicht nach unbegründete Forderung, daß verschuldete Unfälle nicht entschädigt werden sollen, u. a. aus folgendem Grunde zurück: „Die Beteiligten [d. h. die Mitglieder der Berufsgenossenschaften] wissen es nur zu gut, daß es oft die tüchtigsten Arbeiter sind, die durch ihren Wagemut, ihre Berwegenheit und ihren Leichtsinm Unfälle hervorrufen, daß zahlreiche Verbote, deren Übertretung durch Rentenschmälerung gestraft werden könnte, unter den Augen der Vorgesetzten tagtäglich übertreten werden, ja daß die Vorgesetzten selbst

und in der Aussicht auf die Walze und das Gefängnis, das den ältern, minderwertig gewordenen Arbeiter erwartet, wenn er nicht „das Glück hat,“ beizeiten ein Krüppel oder notorischer Arbeitsinvalide zu werden.

Dergleichen sagen wir nicht etwa, um Mitleid zu erregen; wenn wir diese Absicht hätten oder merken ließen, würden wir damit den Zweck, zu dem wir es schreiben, vereiteln, denn wir würden uns dadurch in den Augen unserer Kritiker des größten Verbrechens schuldig machen, das sie kennen: der „Humanitätsduselei.“ Sondern wir schreiben es, um die psychologisch unvermeidlichen Wirkungen dieses Zustandes hervorzuheben. Die nächste Wirkung besteht natürlich darin, daß der gesamte moderne Arbeiterstand, soweit er unterrichtet ist und sich noch geistiger Regsamkeit erfreut, revolutionär gesinnt sein muß. Nur in England macht die gebildete Arbeiterschaft eine Ausnahme (die in völliger Rohheit dahinlebende und daher nicht aktionsfähige unterste Schicht kommt nicht in Betracht), weil sie bei ihrer Koalitionsfreiheit und bei dem hohen Verständnis der leitenden Staatsmänner für die Bedürfnisse des Volkes bisher ihre Lage auf gesetzlichem Wege verbessern konnte und Aussicht auf weitere Verbesserung hat. Erst kürzlich hat der Sekretär des Schazamtes, Hanbury, einer Arbeiterdeputation die Versicherung gegeben, die Regierung werde Lieferungsverträge nur mit fair houses abschließen, d. h. mit solchen, die fair wages zahlen, Löhne, die von der Arbeiterorganisation als fair bezeichnet werden; er wüßte aber auch zur Vermeidung von Zweifeln und Streitigkeiten, daß es nichtorganisirte Arbeiterschaften und Gewerbe gar nicht mehr gebe. Auch sei er bereit, darauf hinzuwirken, daß eine vom Unterhause gegen Unterverdungen gerichtete Resolution durchgeführt werde. Außerhalb Englands und der englischen Kolonien also*) tritt mit psychologischer Notwendigkeit zunächst die Wirkung ein, daß der Arbeiterstand revolutionär gesinnt ist. Zur Revolution kann es aber im modernen Militär- und Polizeistaat nicht mehr kommen. Dieser ist stark genug, jede revolutionäre Bewegung im Keime zu ersticken, und er thut es. Demnach muß mit der Zeit eine zweite Wirkung eintreten: die Hoffnung auf Besserung schwindet, die Kraft zum Widerstande erlahmt, die Arbeiterorganisationen lösen sich auf, die energischeren Angehörigen des Arbeiterstandes flüchten durch Selbstmord aus dem hoffnungs-

den Arbeitern bisweilen mit einem schlechten Beispiele vorangehen.“ Was Bödiker hier Leichtsinne nennt, ist in keinem andern Sinne Leichtsinne, als die Kühnheit, mit der der Soldat in der Schlacht den feindlichen Kugeln entgegengeht; wer es nicht zu diesem Leichtsinne bringt, der paßt eben für die heutige lebensgefährliche und dabei intensive und rastlose Arbeit so wenig wie ein furchtsamer Mensch für den Krieg.

*) Auch in Frankreich scheint unter dem Ministerium Bourgeois die Arbeiterbewegung in die Bahn friedlicher Entwicklung einlenken zu wollen. Allerdings prophezeien die Kapitalistenblätter, daß binnen kürzester Frist entweder das radikale Ministerium abgewirtschaftet haben oder die Republik aus den Fugen gehen werde. Das bleibt abzuwarten.

losen Dasein, die Übrigbleibenden versinken in jenen Zustand tierischen Stumpf-
sinns, der sich willenlos in jede Lage fügt, d. h. also, die untere Hälfte
des Volkes verkümmert. Aber der ungeheure Druck, der erforderlich ist,
dieses Ergebnis herbeizuführen, läßt auch die obere Hälfte nicht unbeschädigt,
wie wir schon heute deutlich sehen: das freie Wort wird gefesselt, jeder selbst-
ständige Charakter gebeugt oder gebrochen oder von den höhern Stellen aus-
geschlossen, das Spitzel- und Denunziantentum gefördert und so jene Züchtung
des Schlechtern betrieben, die nach Seefc die Hauptursache des Untergangs
des römischen Reiches gewesen ist. Aus diesem Verderben sehen wir nur einen
Ausweg: eine große politische Aktion, die den größern Teil der besitzlosen
Glieder unsers Volkes wieder mit Grundbesitz ausstattet. Wer einen andern
Ausweg weiß, möge ihn zeigen. Um nichts geringeres handelt es sich, als
um die Zukunft des deutschen Volkes.

Das also ist die Lage. Ohne Erkenntnis dieser Lage giebt es keine
Möglichkeit einer vernünftigen Politik, einer Politik, die sich mit dem Fort-
wursteln von einem Tage zum andern nicht begnügt. Und für die Erkenntnis
dieser Lage ist, wie wir gezeigt haben, die Sozialdemokratie als Informations-
stelle gar nicht zu entbehren. Das Fabrikinspektorat vermag sie nicht zu er-
setzen. Die Zahl der Gewerberäte reicht, namentlich in Preußen, nicht hin
(in Sachsen steht es in dieser Hinsicht besser), jährlich jeden Betrieb auch nur
einmal zu revidiren, und noch dazu wird diesen Beamten der größte Teil
ihrer Zeit und Kraft durch Kesselrevisionen geraubt. Inognitobesuche, die
allein völlige Klarheit schaffen könnten, sind unmöglich, und den Gewerberat
aufzusuchen, das wagen die Arbeiter nicht leicht. In dem Bericht über das Jahr
1894 schreibt der badische Fabrikinspektor: „Die Arbeiter bekommen es manch-
mal schwer zu fühlen, wenn sie etwa unsre Intervention herbeigeführt haben.
Sofern sich die Arbeiter aus freien Stücken an die Fabrikinspektion wenden,
fürchten sie entlassen oder sonst gemäßregelt zu werden. Es ist kein Mangel
an moralischem Mut, wenn sie sich die Frage vorlegen, ob die Verfolgung
einer einzelnen Beschwerde es rechtfertigt, daß sie deswegen ihre und ihrer
Familie Existenz aufs Spiel setzen.“ Und das Unzulängliche, was diese Be-
richte bringen, wird nicht einmal dem Publikum bekannt. Wem sind diese
Berichte zugänglich, wem auch nur die „Mitteilungen,“ die das Reichs-
amt des Innern daraus zusammenstellt? Es ist wahr, die Zeitungen
bringen Auszüge daraus, aber das Wichtigste unterschlagen die bürgerlichen,
das muß man in den sozialdemokratischen suchen, denen sich allenfalls noch
ein paar demokratische als getreue Berichterstatter zugesellen. So z. B. wird
man in der bürgerlichen Presse vergebens die wichtige Angabe suchen, daß
der Arbeiterschutz zwar die Zahl der in Fabriken beschäftigten Frauen und
Kinder stetig vermindert, dafür aber diese massenhaft in die Hausindustrie
drängt, wo sie weit ärger ausgenützt werden. Es ist dies eine ganz besonders

wichtige Thatsache, weil sie beweist, daß der Staat den Besitzlosen, solange ihre Besitzlosigkeit dauert, beim besten Willen nicht helfen kann; er kann nichts, als sie aus einer Glucksform in die andre hin- und herschieben.

Weiß nun schon das politisch einflußreiche Publikum nicht, wie es im eignen Lande aussieht, so wissen es die politisch maßgebenden Kreise womöglich noch weniger. Sehr schön und mit genauester Sachkenntnis hat das der Geheimrat Massow in seinem (soeben in zweiter, veränderter Auflage erschienenen) Buche „Reform oder Revolution“ auseinandergesetzt. Seinen großartigen Reformplan, der das ändern soll, halten wir für eine Utopie. Woher will er die Männer nehmen, die er für seinen Zukunftsstaat braucht? In den sozialpolitischen Studentenvereinen könnten sie vielleicht heranwachsen, aber die werden ja fast überall unterdrückt. Unserer Überzeugung nach liegt es im Wesen der Bürokratie, daß ihre Spitzen im allgemeinen schlecht informiert sein müssen. Die Zukunft jedes Beamten hängt davon ab, daß er sich seinem Vorgesetzten angenehm mache, und durch nichts macht man sich unangenehmer, als durch die ungeschminkte Wahrheit. Bekannt ist die Metamorphose, die die milde Rüge des hohen Chefs auf ihrem Wege nach unten erfährt: beim Unterbeamten kommt sie als Hagelbonnerwetter an. Mit der unangenehmen Wahrnehmung des Unterbeamten geht auf dem Transport nach oben die umgekehrte Verwandlung vor sich: das Krokodil, das er seinem nächsten Vorgesetzten überreicht, langt beim höchsten Chef als niedliches Kanarienvögelchen an. Wir haben hier und da noch einen idealen Landrat in Preußen. Ein solcher, der Freiherr von Richthofen in Zauer, hat kürzlich den Staatsdienst verlassen und beim Abschied vom Kreise wahrhaft goldne Worte gesprochen. Er zählte die Pflichten des echten und rechten Landrats auf und nannte als allererste: die Zustände, Notstände und Ansichten der Volkskreise unverblümt so darstellen, wie sie sind, und deshalb, fügte er hinzu, darf er kein Streber sein, d. h. mit andern Worten: wenn er seine allererste Pflicht erfüllt, muß er auf Anerkennung und Beförderung verzichten. Wie viele sind eines solchen Heroismus fähig? Wie vielen gestatten ihre Vermögensverhältnisse und die Rücksichten auf ihre Familie dieses Opfer? Massow schreibt Seite 195: „Als Beamter empfinde ich stets ein Gefühl der Scham, wenn ich das Wort Enquete lese oder höre. Stellt die Armee Enqueten an?“ Da übersieht er doch ganz und gar den gewaltigen Unterschied zwischen Heeres- und Zivilverwaltung. Der Inspekteur bestellt den zu besichtigenden Truppenteil auf den Exerzierplatz, und wenn er die Männer und ihre Uniformen gesehen hat, und wenn er sie hat manövrieren sehen, und wenn er die Kasernen und die Depots gesehen hat, so hat er alles gesehen, was überhaupt zu sehen ist. Der inspizierende Geheimrat oder Oberpräsident aber kann nicht die Männer, Weiber und Kinder des Kreises auf einen Platz bestellen, kann nicht sämtliche Fabriken, Gruben, Werkstätten, Dominien, Arbeiterwohnungen besichtigen, und hätte er das alles

gesehen, so wüßte er noch lange nicht alles Notwendige. Nein, die Bürokratie ist ihrer Natur nach unfähig, sich selbst und die höchsten Vorgesetzten zu informieren. Diese bedürfen der Information durch das Volk selbst, durch seine Vertreter und durch seine Presse. Und wenn man fortfährt, die freie Meinungsäußerung zu unterdrücken und die Herrschenden vom Volke abzusperren, dann werden alle unsre Prinzen in solcher Unkenntnis der wirklichen Welt aufwachsen wie Siddhartha, der Thronerbe von Kapilavastu, der, als er endlich einmal durch Zufall ein Stück Wirklichkeit kennen gelernt hatte, zum Buddha wurde.

Das also ist unsre Stellung zur Sozialdemokratie. Anstatt in das Geschrei einzustimmen: schlägt sie tot! sagen wir: nein, laßt euch von ihr informieren und lernt, was ihr zu thun habt, um sie durch gründliche Änderung der Lage unsers Volkes verschwinden zu machen. Aber, meint man, wir könnten doch wenigstens, um nicht in den Verdacht der Gesinnungsverwandtschaft mit ihr zu geraten, fleißig ihre Unarten rügen, wie andre artige Blätter thun. Wir fragen: wozu? Um den Sozialdemokraten bessere Manieren beizubringen, sie dadurch der guten Gesellschaft angenehmer und vielleicht sogar hoffähig zu machen? Damit würden wir bei der Schlesiſchen Zeitung und den Hamburger Nachrichten verdammt schlechten Dank ernten; sie würden finden, daß wir noch gefährlicher seien als die Sozialdemokraten. Eine Arbeiterpartei, die man als revolutionär, vaterlandslos, undeutsch, von verbohrtem blindem Haſſe gegen alles Bestehende, auch das vernünftigste, erfüllt und als proletarisch rüpelhaft der Polizei und dem Staatsanwalt denunziren kann, eine solche Arbeiterpartei ist den Herren weit lieber, als ihnen eine hoffähig feine sein würde, die etwa den Kaiser als den zur Verwirklichung des monarchisch-sozialen Zukunftsstaates berufenen Heros einer neuen bessern Zeit umschmeicheln würde. Übrigens würde es uns auch nichts nützen, wenn wir den Sozialdemokraten predigen wollten; sie lassen sich nicht befehren. Sie sind ja gar nicht unser Publikum. Wir haben staatserkhaltende Männer zum Publikum, die schon hinlänglich wissen, daß die Sozialdemokraten die schlechtesten aller Menschen sind, sie erfahren es ja täglich aus ihrer Zeitung; aber was man bei und von diesen schlechten Menschen lernen kann, das erfahren sie nicht aus ihrer Zeitung, und das ihnen von Zeit zu Zeit zu sagen, halten wir für unsre Pflicht.

